

Durchblick

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

ver.di Betriebsgruppe bereitet sich auf Streik vor:

Ohne Kampf gibt es nichts

Die Tarifverhandlungen für die 3,2 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst starten am 15. November in Stuttgart. Am 23. Oktober hat ver.di nach monatelanger Diskussion ihre Forderung aufgestellt. An dieser Diskussion hatten sich auch die Sulzbacher beteiligt. Hier wurde eine deutlich höhere Forderung vorgeschlagen. Alle Beteiligten erwarten eine schwierige Tarifrunde. Die Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus hat sich dafür ausgesprochen, alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Forderung einzusetzen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft fordert deutlich über drei Prozent mehr Geld. Angestrebt wird eine Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten. Für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern sollten die Löhne und Gehälter bis spätestens 2007 verbindlich auf 100 Prozent des Westniveaus angehoben werden.

Nun steht die Forderung fest, unsere Betriebsgruppe hatte schon im Juni ihren Vorschlag vorgelegt, der deutlich höher lag. Die Betriebsgruppe hatte ihre Forderung besonders mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Haus begründet.

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske sagte, der öffentliche Dienst dürfe von der Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft nicht abgekoppelt werden. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind ihr Geld wert. Krankenschwestern und Feuerwehrleute, Kanalarbeiter, Erzieherinnen und all die anderen leisten qualifizierte Arbeit. Und es gilt: Gutes Geld für gute Arbeit.“ Die Arbeitgeber müssten bereit sein, für das, was sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vom öffentlichen Dienst zu Recht erwarten, auch zu bezahlen. In der Mitgliederdiskussion hat es zum Teil deutlich höhere Lohnforderungen gegeben. ver.di musste aber auch die vorliegenden diesjährigen Tarifergebnisse der großen Branchen, die alle mit einer Drei vor dem Komma abgeschlossen hätten, zur Kenntnis nehmen. So ging nun ver.di mit einer Forderung in die Tarifrunde, die „an die Realität anknüpfe“ und sehr nahe am angestrebten Ergebnis läge. Er fordere die Arbeitgeber auf, nun auch ihrerseits mit einem verhandlungsfähigen Angebot in die Tarifverhandlungen zu gehen. Mit dieser realistischen Forderung will ver.di die Verhandlungen verkürzen. „Wir wollen uns die rituellen Regentänze ersparen“, sagte Frank Bsirske bei der Sitzung der Bundestarifkommission in Bremen

in der Hoffnung auf eine kurze Verhandlungsrunde. Das Mitglied des Betriebsgruppenvorstandes Gerald Weyand zum Durchblick: „Die Forderung entspricht dem gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt dieses Jahres und darf nicht unterschritten werden, ohne der Konjunktur einen weiteren Dämpfer zu verpassen. Daran sollte Schily denken, wenn er statt dessen in alte Rituale verfällt und eine Nullrunde anbietet.“ „Nun kämpfen wir um die Umsetzung der beschlossenen Tarifforderung“, betonte der Sprecher Michael Quetting auf dem Betriebsfest am 2. November. Dazu gelte es alle „gewerkschaftlichen Kampfmittel“ einzusetzen, erklärte der ver.di-Landesleiter Rolf Linsler auf der gleichen Veranstaltung.

Medien und Arbeitgeber fordern eine Nullrunde, die Bundesregierung will die Budgets der Krankenhäuser einfrieren. Die Beschäftigten sollen leer ausgehen. Und das bei einer enormen Zunahme des Arbeitsstresses und der Arbeitsverdichtung. Angesichts der Preisstei-

gerung ist das eine Zumutung, meinen die Kolleginnen und Kollegen. Die Betriebsgruppe hatte ausgerechnet, dass wir es in den letzten zwei Jahren mit einer Arbeitsproduktivitätssteigerung von 16 Prozent zu tun hatten.

Bei der zu erwarteten Blockadepolitik der Arbeitgeber werden wir nur etwas erreichen, wenn wir zum Kampf bereit sind, so die Meinung der Vertrauensleute. Die ver.di Betriebsgruppe hat mit der Eröffnung der Tarifrunde im Internet eine Umfrage gestartet. Die Adresse lautet <http://www.umfrage.2-www.de>. Dort wird gefragt, ob die Kolleginnen und Kollegen zu einem Streik bereit sein werden. Aktuell sprechen sich über 99 Prozent der Teilnehmer für Streik aus.

Am 15. November beginnen die Verhandlungen. Sollten die Verhandlungen scheitern und die Mitgliedschaft einen Streik beschließen, wird das Sulzbacher Krankenhaus in diesen Streik einbezogen, so Rolf Linsler. Die entsprechenden Pläne werden derzeit erarbeitet.



Am 2. November feierten wir die 50. Ausgabe der Zeitung Durchblick. Die Besucherinnen und Besucher erlebten einen tollen Abend. Bilder und Infos auf der Seite drei.

Initiative zur Wiedererhebung der Vermögensteuer:

„Ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft“

Über 400 Persönlichkeiten der Bundesrepublik haben eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer gestartet. Zu der Gruppe gehören auch der Saarbrücker Professor Dr. Heinz Bierbaum, und unser Vertrauensleutesprecher Michael Quetting.

In dem Papier heißt es u.a.: „Die deutsche Finanzpolitik hat sich in eine Lage manövriert, in der sie die wirtschaftliche Entwicklung blockiert und die soziale Spaltung vertieft. Sie richtet sich vorrangig darauf, die Ausgaben der öffentlichen Haushalte zu senken und durch immer neue Sparprogramme die Haushaltsdefizite bis zum Jahre 2004 auf nahezu Null zu bringen. Betroffen von den Streichungen und Kürzungen sind vor allem Sozialleistungen, Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die öffentlichen Investitionen.“

Einer ihrer prominentesten Vertreter der Initiative, der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Professor Rudolf Hickel, lobt die Absicht der Regierung, Spekulationsgewinne aus Börsengeschäften generell zu besteuern. Auch die Erfassung aller Kapitalerträge durch Kontrollmitteilungen der Banken an die Finanzämter findet die Zustimmung des Ökonomen. Von den geplanten Mindestabgaben für Kapitalgesellschaften erwartet sich Hickel eine Rückkehr zur „Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit“. Dieses Prinzip sei insbesondere durch grobe Fehler bei der Unternehmensteuerreform des Jahres 2000 verletzt worden. Auf der Ausgabenseite bemängelt die Gruppe, dass das konjunkturelle Umfeld nicht berücksichtigt werde. „Wir sehen Deutschland in die Rezession abgleiten“, berichtet Hickel. Deshalb müsse die Regierung insbesondere für Investitionen deutlich mehr Geld als vorgesehen bereitstellen. Die Gruppe vermisst eine klare Aussage

der Berliner Koalition zur Besteuerung von Vermögen.

Nach einer Modellrechnung der Gruppe könnten die Länder über die Vermögensteuer rund 16 Milliarden Euro jährlich mobilisieren. Das Memorandum-Konzept geht dabei von einem Grundfreibetrag von 350 000 Euro und einem Zuschlag von 75 000 Euro je Kind aus. Damit würde ein Reinvermögen von rund 1,6 Billionen Euro in Deutschland erfasst, auf die ein Prozent Steuer erhoben werden solle.

Die Gruppe, deren Kern zur Memorandum-Gruppe von der Universität Bremen - <http://www.memo.uni-bremen.de> - gehört, kommt zu folgendem Schluss: „Auf dieser Grundlage würde die Vermögensteuer bei vorsichtiger Schätzung zu einem Steueraufkommen von 16 Mrd. € pro Jahr führen. Dies ist ein relativ bescheidener Betrag, der keinesfalls die Lösung aller Finanzprobleme in Deutschland ermöglicht. Weitere Steuererhöhungen – z.B. die Wiedereinführung der Anfang der 90er Jahre abgeschafften Kapitalverkehrssteuern sowie die stärkere und konsequent kontrollierte Besteuerung von Spekulationsgewinnen – sind mittelfristig erforderlich.“

Die schnelle Wiedereinführung der Vermögensteuer würde jedoch ein wichtiges politisches Signal setzen. Sie ist ein deutlich sichtbarer Schritt des politischen Umsterns – weg von einer Politik ökonomischer Unvernunft und sozialer Polarisierung, hin zu mehr wirtschaftlicher Vernunft und zu sozialer Gerechtigkeit.“

ver.di:

Keine Null-Runde für die Krankenhäuser

„Für die Krankenhäuser darf es keine Null-Runde geben.“ Dies erklärte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zu dieser von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt im Vorschaltgesetz vorgesehenen Maßnahme.

Eine Deckelung der Einnahmen der Krankenhäuser gefährde die Versorgung der Patienten. „Das Personal in den Krankenhäusern darf nicht dafür bluten müssen, was die Politik an Reformen versäumt hat“, erklärte Bsirske. Das seit 1997 angewandte Verfahren, Einkommenserhöhungen nicht in vollem Umfang abrechnen zu dürfen, habe in den Krankenhäusern bereits zu empfindlichem Personalabbau geführt. Nach Berechnungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft für das Jahr 2003 seien mehr als 28.000 Arbeitsplätze in den Krankenhäusern gefährdet. Eine Null-Runde werde die Situation nur noch mehr verschlimmern. „Um eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten zu gewährleisten ist es dringend notwendig, auf eine Null-Runde zu verzichten und den Krankenhäusern den vollständigen Ausgleich tarifvertraglicher Ansprüche der Beschäftigten wieder zu garantieren“, forderte Bsirske. Auch der Sprecher der ver.di-Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach, Michael Quetting, hat auf dem Durchblickfest u.a. betont: „Wir kritisieren die geplante Nullrunde für die Krankenhäuser. Die Belastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern kann nicht mehr erhöht werden. Richtig bleibt, unser Arbeitsstreß steigt von Jahr zu Jahr, in den letzten zwei Jahren stieg unsere Leistung um 15,6 Prozent.“

Die Qualität der Versorgung der Patienten sei bereits heute gefährdet, behauptet der ver.di-Vorsitzende, denn mehr als 40.000 Pflegestellen und 2.000 Arztstellen in Krankenhäusern, Altenheimen, Arztpraxen und ambulanten Pflegediensten seien nicht besetzt.

Es gebe im Gesundheitssystem genug Ansatzpunkte für sinnvolle Sparmaßnahmen.

ver.di Direkt

Rufen Sie uns an!

Die ver.di-Hotline ist für Sie geschaltet:

0180 222 22 77

montags bis freitags von 7 bis 21 Uhr kostet nur 6 Cent pro Anruf

Auskünfte zu Tarifen nur für Mitglieder

Am 2. November im Salzbrunnenhaus

Das war unser Fest



Am 2. November feierten wir im Sulzbacher Salzbrunnenhaus die 50. Ausgabe des Durchblicks mit einem Pressefest. Etwa 150 Kolleginnen und Kollegen



waren gekommen und hatten ihre Freude an dem bunten Programm des Abends. Entertainer Nero unterhielt das Publikum in gekonnter Art und Weise. Schwester Josefine Hahn aus dem OP und ihre philippinischen Freundinnen zeigten ihr folkloristisches Können, der Bauchtanz von Ellen Mechenbier war erneut ein Höhepunkt wie auch Dirk Kessler, der diesmal als Feuerwehrmann erschien. Das Kabarett Schablonsky's

Juckpulver zeigte beißende Medizin mit ihrem Sketch zur Gesundheitsreform. Durch das Programm führte in gewohnter Weise Brigitte Schmidt.

Viele Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen



engagierten sich für das Fest und sorgten damit für dessen Erfolg.



Da gab es im ersten Stock die Sektkabarett, beim Fußballturnier kämpften die Mannschaften um das Fass Bier, Vertrauensfrauen liefen durch die Reihe und verkauften Karten für das Schätzspiel. Es musste geraten werden aus wieviel Wörtern die 50. Ausgabe des Durchblicks



führung viel Mühe gegeben. Die Organisation klappte in bekannter Weise.

Wir bedanken uns bei allen KollegInnen, die zum Erfolg des Festes beigetragen haben.



bestand. Attraktive Preise gab es zu gewinnen. Unter den Gästen auch der Bürgermeister der Stadt Sulzbach, Hans-Werner Zimmer, und der ver.di-Landesleiter Rolf Linsler, der ankündigte, dass die Gewerkschaft mit allen Mitteln für die beschlossene Tarifforderung kämpfen werde.

Die Vertrauensleute hatten mit viel Aufwand das Fest vorbereitet und sich bei der Durch-



28.11.02:

Kommt zur Personalversammlung!

Für den 28. November um 13.00 Uhr lädt der Personalrat in den Mehrzweckraum zur Personalversammlung.

Neben dem üblichen Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Hans Ruge wird Kollge Thomas Müller auch über den Stand der Tarifrunde berichten. Herr Quinten von der Bundesknappschaft wird über Prosper informieren.

Umbau der Cafeteria

Größer, schöner, besser und auch teurer?

Um unser Haus noch attraktiver zu machen, plant die Betriebsleitung eine Erweiterung der Cafeteria, die dann auch für Patienten und Besucher zugänglich ist. Diese Aktivität hat ihre Begründung auch in dem immer größer werdenden Kosten- und Konkurrenzdruck. Mit dem Umbau erhofft man sich auch eine neue Einnahmequelle.

An die Stelle der Außenterrasse kommt ein Wintergarten mit 52 Sitzplätzen. Auf einer Terrasse mit 36 Sitzplätzen und drei weiteren mit jeweils 12 Sitzplätzen kann man bei schönem Wetter draußen sitzen, und wie wir unseren Gärtner kennen, inmitten wunderbarer Blumen. Die Theke im Innenbereich wird sichelförmig angelegt, unterteilt in eine „heiße Theke“, eine „Suppenbar“ und eine „Grilltheke“. An der „Aktionspfanne“ kann man schließlich

unseren Köchen beim „Front-cooking“ (= neudeutsch) über die Schulter schauen.

Während der Umbauphase soll der Betrieb weiterlaufen, es kann höchstens an ein paar Tagen zu Einschränkungen kommen. Für die Beschäftigten ist es wichtig, dass im Zuge dieses Umbaus die Preise stabil bleiben. Dies hat der Personalrat im Monatsgespräch mit dem Verwaltungsdirektor Wolfgang Molitor deutlich gemacht.

Arzneimittelreport

Bei Medikamenten können 4,2 Milliarden Euro gespart werden

Rund 4,2 Milliarden Euro könnten gespart werden, ohne dass die medizinische Qualität leidet. Zu diesem Schluss kommt der 'Arzneimittelreport 2001'.

Allerdings müssten die Ärzte wirtschaftlicher verordnen. Würde konsequent auf preiswerte Generikapräparate umgestellt und auf hochpreisige Analopräparate sowie umstrittene Arzneien ohne therapeutischen Nutzen verzichtet, könnte dieses Einsparpotenzial in einer Größenordnung von 20 Prozent des gesamten Arzneimittelumsatzes für die Finanzierung von therapeutisch bedeutsamen Neuentwicklungen verwendet werden, heißt es in dem Bericht.

Nach dem Report sind die Arzneiausgaben 2001 um zwei Milliarden Euro auf den neuen Rekordwert von 21,3 Milliarden Euro geklettert. Dies sei der größte Kostenschub seit 1992 gewesen. Im vergangenen Jahr hätten zusätzliche Kosten von 1,3 Milliarden Euro auf die vermehrte Verordnung von therapeutisch bedeutsamen Arzneien zurückgeführt werden können - davon 724 Millionen Euro auf echte innovative Medikamente mit gesichertem therapeutischen Zusatznutzen.

Die Herausgeber des Reports - Professor Ulrich Schwabe vom Pharmakologischen Institut der Universität Heidelberg und Dieter Paffrath - machen damit vor allem die Praktiken der Pharmaindustrie für die unnötigen Kosten verantwortlich. Die Pharmabranche bremse Sparvorschläge immer wieder aus. Der Politik warfen die Experten „planloses Agieren“ vor. SPD und Grüne wollen zu Lasten der Pharmaindustrie per Vorschaltgesetz bei Arzneien 1,4 Milliarden Euro sparen

Sozialforum:

ver.di-Jugend mobilisiert für Florenz

Rund 50.000 Globalisierungskritiker werden vom 7. bis 10. November auf dem „Europäischen Sozialforum“ in Florenz erwartet. Dort wird beraten, was wir in Europa dem neoliberalen Weltherrschaftsanspruch der internationalen Finanzmärkte entgegensetzen können. Etwa hundert Organisationen haben zu dem Forum aufgerufen, darunter auch die ver.di Jugend. Es geht darum die globalisierungskritische Bewegung voran zu bringen. Die Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht.

Allein in diesem Jahr haben Millionen Europäer ihre sozialen Anliegen auf der Straße bekundet, so Hunderttausende im März in Barcelona „Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges“ und in Rom gingen die Gewerkschaften für ihre Rechte auf die Straße. In Frankreich wurde gegen Le Pen und Ausländerfeindlichkeit mobil gemacht. In Spanien kämpften im Juni die Gewerkschaften mit einem Generalstreik für den Erhalt sozialer Rechte. In London riefen im September die Gewerkschaften und andere Organisationen zu einer Massendemonstration gegen die Kriegspropaganda ihrer Regierung auf und Hunderttausende kamen. Das Potenzial für eine Massenbewegung ist da.

Die Kräfte müssen gebündelt werden. Die ver.di Jugend fordert bezahlbare soziale Sicherungssysteme, Bildung und Ausbildung für alle und europäische Arbeitsstandards. Offiziell wird der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in Florenz auf einer Diskussion zur Rolle der Gewerkschaften auftreten. „Her mit dem schönen Leben“ – der gemeinsame Schlachtruf mit dem die Gewerkschaftsjugend und das globalisierungskritische Netzwerk attac 40.000 Jugendliche zum Aktionstag am 14. September nach Köln mobilisiert hatten, soll jetzt nach Florenz weiter getragen werden.

Impressum:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft -
ver.di

Fachbereich 03 - Gesundheit
St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken - Eigendruck;

V.i.S.d.P.: Thomas Müller

Kontakt im Haus über den Vorstand: Michael Quetting, Jürgen Krüger, Anna Blaha, Elke Weil und Gerald Weyand

E-Mail: verdikkhs@aol.com

Internet: <http://verdi.2-www.de>